

Partnerschaften 2. Klasse? Der Kampf um die Homo-Ehe im US-Wahljahr 2008

Lara Schwartz and Rebekah DeHaven¹

- In den USA kämpfen gleichgeschlechtliche Paare für das Recht zu heiraten, um die gleichen Steuervergünstigungen, den gleichen Schutz und die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare zu genießen. Eingetragene Partnerschaften (*Civil Unions*) sind, ihrer Meinung nach, keine angemessene Alternative zur Eheschließung, da diese keine der für die Ehe geltenden 1.138 Bundesleistungen und Schutzregelungen vorsehen.
- Umfragen im Vorfeld der Wahlen 2008 ergaben, dass weder Gerichtsurteile zugunsten von Homo-Ehen noch Volksabstimmungen über Verfassungszusätze (*Amendments*) zu ihrer Einschränkung die Wahlentscheidung für Barack Obama oder John McCain maßgeblich beeinflusst haben. Auch die Position der Kandidaten für oder gegen Homosexuellenrechte hatte keinen nachweisbaren Einfluss auf den Wahlausgang.
- Die Volksabstimmung in Kalifornien, durch die das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Eheschließung abgeschafft wurde, ist ein großer Rückschritt für die Bewegung für eheliche Gleichstellung. Der mit knapper Mehrheit angenommene Verfassungszusatz fand breite Unterstützung unter den religiösen und afroamerikanischen Wählern.
- In den letzten Jahren hat die Unterstützung der rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften insgesamt stark zugenommen. Die Mehrheit der Öffentlichkeit ist der Meinung, dass lesbische und schwule Paare das Recht auf Eheschließung oder Gründung einer *Civil Union* haben sollten. Auch viele Kandidaten für öffentliche Ämter befürworten die Anerkennung homosexueller Partnerschaften.

Warum kämpfen schwule und lesbische Paare für die eheliche Gleichstellung?

Als Minderheit waren Homosexuelle in Amerika durch die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung inspiriert. In den sechziger Jahren begannen sie damit, gemeinsam für soziale und politische Gleichbehandlung zu kämpfen. Der Erfolg

von Dr. Martin Luther King, Jr. war ein Schlüsselfaktor für das plötzliche Aufwachen der Bewegung für Homosexuellenrechte nur wenige Jahre später. Die Bewegung findet ihre Anfänge in den so genannten "Stonewall-Aufständen" im New Yorker Stadtteil Greenwich Village. Im Sommer 1969 begann die Polizei, in Kneipen ohne Lizenz Razzien durchzuführen, darunter in *The Stone-*

wall Inn. Die Festnahme von Angestellten und Kunden löste eine unerwartete Wut und Gewalt von Menschenmengen vor der Kneipe aus. Die Proteste gegen die Diskriminierung von Schwulenbars dauerten drei Nächte lang und führten zur Gründung von Homosexuellenrechtsbewegungen überall in den USA.

Ein erster großer Erfolg der Bewegung für Homosexuellenrechte war die Entscheidung des Amerikanischen Psychiaterverbandes im Jahre 1974, die Homosexualität von der Liste psychischer Störungen zu streichen. Im Zuge wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz in den folgenden Jahrzehnten verlagerten die Homosexuellenrechtsbewegungen den Schwerpunkt ihrer Kampagnen auf die politische Gleichstellung. Zwei der kontroversesten politischen Themen heutzutage sind zum einen der Wehrdienst schwuler Soldaten – schwule Soldaten dürfen nur Wehrdienst leisten, wenn sie ihre sexuelle Orientierung nicht bekannt geben – und zum anderen das Recht auf Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare.

Das erste Gerichtsverfahren, in dem es um das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Eheschließung ging, fand 1972 statt. Warum aber kämpfen schwule und lesbische Paare für dieses Recht? Gleichgeschlechtliche Paare in langjährigen, festen Beziehungen zahlen höhere Steuern als heterosexuelle, verheiratete Paare. Die Grundrechte aber und der grundlegende Schutz, auf den Ehepaare Anspruch haben, wie das Recht, den Partner im Krankenhaus zu besuchen, der Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen im Todesfalle des Partners, Krankenversicherungsschutz des Partners und das Recht auf Einwanderung eines nicht US-amerikanischen Partners bleiben ihnen versagt.

Warum aber werden *Civil Unions*, wie sie in einigen Staaten – Vermont, Connecticut, New Hampshire, und New Jersey erlaubt sind – nicht als angemessene Alternative zur Ehe angesehen? Die *Civil Union* gewährt gleichgeschlechtlichen Paaren alle einzelstaatlich geltenden Eheleistungen, hingegen haben sie auf Bundesebene keinen Anspruch auf die in einer Ehe geltenden Leistungen oder Schutzansprüche. Zudem wird

eine *Civil Union* nicht über bundesstaatliche Grenzen hinweg anerkannt.

In der Debatte um die eheliche Gleichstellung geht es um die rechtliche Dimension der Ehe, nicht die religiöse. Die US-amerikanischen Kirchen können hinsichtlich der religiösen Aspekte der Ehe ihre eigene Lehre formulieren. Hingegen sollte es Aufgabe des Staates sein, den in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatz auch für homosexuelle Paare zu gewährleisten.

Die politische Rolle von Gerichtsurteilen

Weit verbreitete Medienberichte haben die Vermutung nahe gelegt, dass sich gerichtliche Entscheidungen zugunsten der lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Gemeinschaft (*LGBT*) wie in den Gerichtsverfahren *Lawrence v. Texas*² (2003) und *Goodridge v. Department of Public Health*³ (2003) bei der Wahl 2004 negativ für die *LGBT*-Gemeinschaft ausgewirkt hätten, und dass das jüngste Gerichtsurteil *In re marriage cases*⁴, in dem das Recht lesbischer und schwuler Paare, in Kalifornien zu heiraten, bekräftigt wurde, bei den Wahlen 2008 eine ähnliche Wirkung gehabt haben könnte. Die Vermutung beruht auf der Annahme, dass diese Gerichtsentscheidungen und entsprechende Volksbegehren konservative Kräfte unter den Wählern mobilisieren. Es gibt jedoch klare Hinweise darauf, dass weder die Gerichtsfälle noch Volksbegehren Wahl entscheidende Faktoren für die Präsidentschaftswahl 2004 waren. Tatsächlich weisen sowohl Matthew Dowd, Chefstrategie der Kampagne für Bush-Cheney 2004 und Direktor für die Umfrage- und Medienplanung für Bush-Cheney 2000, als auch Mark Mellman, Präsident der *Mellman Group* und Berater von Senator John Kerry 2004, die Vermutung zurück, dass solche Volksinitiativen das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2004 beeinflusst haben könnten.

Der einzige "Swing State", in dem bei der Wahl von 2004 über einen Verfassungszusatz zur Ehe abgestimmt wurde, war Ohio, aber auch hier zeigen Statistiken, dass sich der Volksentscheid nicht auf das Wahlergebnis auswirkte.⁵ Für die Präsidentschaftswahl 2008 liegen noch keine Daten vor. Es wird jedoch auch bei den diesjäh-

rigen Wahlen davon ausgegangen, dass die Haltung der Wähler in Bezug auf LGBT keinen Einfluss auf das Wahlergebnis hatte.

Der Bundes-Ehe-Verfassungszusatz

2004 und 2006 hielt der damals mehrheitlich republikanische Kongress mit der Unterstützung von George W. Bush Anhörungen und Abstimmungen zum Bundes-Ehe-Verfassungszusatz (*Federal Marriage Amendment* – FMA) ab. Ziel des FMA war es, in die US-amerikanische Verfassung eine Diskriminierungsklausel einzubauen, in der die Ehe ausschließlich als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert werden sollte. Diese diskriminierende Haltung findet sich bereits im „Gesetz zur Verteidigung der Ehe“ (*Defense of Marriage Act* - DOMA), einem Gesetz aus dem Jahre 1996, das zum ersten Mal in der US-amerikanischen Geschichte die Begriffe „Ehe“ und „Ehepartner“ bundesweit definierte. Obwohl nur sehr wenige Kongressabgeordnete und eine Minderheit in der Öffentlichkeit die eheliche Gleichstellung befürwortete, erzielte das FMA nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, um an die Bundesstaaten weitergeleitet zu werden.⁶ Seit dem Scheitern des FMA hat einer der führenden Befürworter des Verfassungszusatzes, Rick Santorum (R-PA), seinen Senatssitz verloren, ein Zeichen dafür, dass die Verweigerung der ehelichen Gleichstellung kein vorrangiges Anliegen der Wählerschaft ist.

Wachsende öffentliche Unterstützung

Ebenfalls beachtlich seit der Niederlage des FMA waren die Bemühungen, die eheliche Gleichstellung in Massachusetts rückgängig zu machen, wie dies im Falle *Goodridge* sichtbar wurde. Im März 2004 stimmte das Parlament von Massachusetts einstweilig für einen Verfassungszusatz, durch den Homosexuellen-Ehen verboten und stattdessen *Civil Unions* geschaffen werden sollten. Im November gelang jedoch allen Kandidaten, die für die eheliche Gleichstellung waren und gegen das *Amendment* gestimmt hatten, mit Leichtigkeit ihre Wiederwahl. Vom Gerichtsentscheid *Goodridge* über die Vorwahlen und Parlamentswahlen von 2004 und 2006 haben alle „Pro-Gleichstellungs-Kandidaten“

nacheinander sämtliche Wahlkämpfe gewonnen, während fünf Abgeordnete, die gegen die Gleichstellung gestimmt hatten, die Wahlen verloren. 2007 kam der Verfassungszusatz gegen die eheliche Gleichstellung erneut zur Abstimmung. Die Legislative von Massachusetts stimmte 151 zu 24 gegen den vorgeschlagenen Verfassungszusatz, der das Ende der Gleichstellung bedeutet hätte. Damit wurde jegliche Möglichkeit zunichte gemacht, den Verfassungszusatz im November 2008 zur Abstimmung durch die Wähler auf den Wahlzettel zu setzen.

Bemerkenswert ist auch, dass die Akzeptanz der rechtlichen Anerkennung von Familien homosexueller Partner seit der Einführung von *Civil Unions* in Vermont im Jahre 2000 erheblich zugenommen hat. Mittlerweile ist die gemäßigte Mainstream-Position in ihrer Mehrheit für die rechtliche Anerkennung homosexueller Beziehungen in der einen oder anderen Form. Eine landesweite Umfrage der Fernsehanstalt CBS im Mai 2008 ergab, dass 30% der Bevölkerung der Ansicht sind, dass lesbische und schwule Paare das Recht haben sollten zu heiraten, 28% unterstützten *Civil Unions* und nur 36% waren gegen eine staatliche Anerkennung homosexueller Beziehungen.⁷ Die Umfrage zeigt, dass ganze 58% der Bevölkerung hinter einer rechtlichen Anerkennung stehen.

Auch viele Kandidaten befürworten die Anerkennung homosexueller Beziehungen. Bei den demokratischen Vorwahlen 2008 unterstützten sämtliche Kandidaten *Civil Unions* und auch der Republikaner Rudy Giuliani schien vor seinem Eintritt in den Vorwahlkampf solche eingetragenen Partnerschaften zu befürworten. Allerdings ließ seine Unterstützung im Laufe seines Kampfes um die Nominierung nach. *Civil Unions* sind zwar der Ehe nicht gleichgestellt, aber die Tatsache, dass die Mehrheit der US-Amerikaner die Anerkennung homosexueller Beziehungen in irgendeiner Form befürwortet, zeigt den erheblichen Fortschritt in der öffentlichen Meinung in den letzten zehn Jahren und die zunehmende Akzeptanz von Familien homosexueller Partner. Dieser allgemeine Trend spiegelt sich auch in den Wahlerfolgen von Kandidaten wider, die für die Gleichstellung oder *Civil Unions* eintreten.

Progressives Kalifornien?

Während es in der öffentlichen Meinung und in einigen Fällen in den bundesstaatlichen Gesetzen Fortschritte gibt, hinkt die Bundesgesetzgebung hinterher. Wegen des Gesetzes zur Verteidigung der Ehe (DOMA) werden Beziehungen von schwulen und lesbischen Paaren in der Bundesgesetzgebung nicht anerkannt, und Bundesstaaten sind nicht dazu verpflichtet, homosexuelle Ehen anzuerkennen, die in anderen Bundesstaaten geschlossen wurden. Wenn also ein schwules Paar aus Nebraska in Kalifornien heiratet, erkennen der heimliche Bundesstaat und die US-amerikanische Bundesregierung die Ehe des Paares nicht an. Das DOMA hat spürbare Konsequenzen. Die offensichtlichste ist, dass gleichgeschlechtlichen Paaren der Zugang zu 1,138 Bundesrechten,⁸ Schutz- und Verantwortungsbestimmungen, auf die verheiratete heterosexuelle Paare automatisch Anspruch haben, verweigert wird. Dies beeinträchtigt ihre Fähigkeit, für ihre Familien zu sorgen und sie zu unterstützen. Zwar wurde das DOMA mit großer Mehrheit verabschiedet, aber der designierte US-Präsident, Barack Obama, ist für eine Anfechtung des Gesetzes und unterstützt stattdessen Initiativen wie das „Gesetz über Leistungen und Verpflichtungen häuslicher Partner“ (*Domestic Partner Benefits and Obligations Act* - DPBO), durch das lesbische und schwule Bundesangestellte im zivilen Bereich die gleichen Familienzulagen, einschließlich Krankenversicherung, erhalten würden.⁹ Das DPBO genießt mit 22 Vertretern im Senat und 90 im Abgeordnetenhaus (Stand vom 7.10.2008), die die Gesetzesinitiative mit eingebracht haben, breite Unterstützung.

Zurzeit steht vor allem Kalifornien im Rampenlicht im Kampf um die eheliche Gleichstellung. Am 15.5.2008 entschied das Oberste Gericht von Kalifornien im Streitfall *In re Marriage Cases*, dass die Verfassung des Bundesstaates das Recht gleichgeschlechtlicher Paare auf Eheschließung garantiert. Die Gegner der gleichgeschlechtlichen Ehe hatten dies bereits vorhergesehen und genügend Unterschriften gesammelt, um mittels Volksabstimmung im November über einen Verfassungszusatz abstimmen zu lassen, der die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau defi-

nieren und damit lesbische und schwule Paare von diesem Recht ausschließen sollte. Das Volksbegehren hieß Vorschlag 8 (*Proposition 8*), kurz „*Prop 8*“, und wurde in einer Abstimmung von einer Mehrheit von 52% der kalifornischen Wähler unterstützt. Ähnliche Verfassungszusätze wurden den Wählern in Arizona (*Prop 102*) und Florida (*Amendment 2*) zur Abstimmung vorgelegt, die ebenfalls mehrheitlich angenommen wurden. 30 US-amerikanische Bundesstaaten haben die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau definiert. Kalifornien steht jedoch am stärksten im Zentrum der Aufmerksamkeit, da es in Arizona und Florida im Gegensatz zu Kalifornien eheliche Gleichstellung nie gab. Umfragen in Senator McCains Heimatstaat Arizona vor den Wahlen ergaben, dass der dortige Volksentscheid dem gegen LGBT eingestellten Kandidaten keinen Vorteil einbrachte. Trotz einiger Fortschritte in der Gesetzgebung zugunsten von Rechten gleichgeschlechtlicher Paare (wie beispielsweise das DPBO) bedeuten der mit knapper Mehrheit angenommene *Prop 8* und die Verfassungszusätze in Arizona and Florida einen großen Rückschritt für die Bewegung für eheliche Gleichstellung. Das gilt besonders für Kalifornien, einem Bundesstaat, der einerseits eine Geschichte der Akzeptanz ehelicher Gleichstellung hat, andererseits als erster Bundesstaat dieses Recht lesbischen und schwulen Partnern wieder entzogen hat.

Die Positionen der Präsidentschaftskandidaten bei der Wahl 2008

John McCains und Barack Obamas Positionen zu *Prop 8*, *Prop 102*, *Amendment 2* und LGBT-Rechten insgesamt waren genauso unterschiedlich wie diejenigen von George W. Bush und John Kerry bei der vorangegangenen Präsidentschaftswahl. McCain unterstützte die Volksbegehren und hat wiederholt gegen Gesetze für LGBT-Rechte gestimmt. Er ist auch dafür bekannt, dass er die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare ablehnt. Im Gegensatz zu McCain sprach sich Obama gegen Verfassungszusätze zur Einschränkung des Eherechtes aus, unterstützte die Widerrufung des Gesetzes zur Verteidigung der Ehe, befürwortete den Schutz der LGBT-Gemeinschaft und war der

Meinung, dass Kinder bei homosexuellen Eltern ein sicheres und liebevolles Zuhause finden können. Die *Human Rights Campaign* gab den Kandidaten Punkte in Bezug auf ihr Abstimmungsverhalten im Senat zu LGBT-Rechten. Demnach erhielt McCain für die 109. Legislaturperiode des Kongresses 33 von 100 Punkten, wobei er kein einziges Mal einen Gesetzesvorschlag zur Gleichstellung von LGBT unterstützt hat. Obama erhielt 89 Punkte.¹⁰

Trotz ihrer entgegengesetzten Haltungen in Bezug auf LGBT-Gleichstellung und die Volksentscheide in Kalifornien, Arizona und Florida hatte das Thema der LGBT-Rechte im Wahlkampf keine große Bedeutung. So machte denn auch die Entscheidung des Obersten Gerichts von Connecticut vom 10. Oktober 2008 in der Streitsache *Kerrigan et al. v. Commissioner of Public Health et al.*, in der das Recht auf Eheschließung lesbischer und schwuler Paare gemäß der Verfassung des Bundesstaates bekräftigt wurde, kaum Schlagzeilen, und keiner der beiden Kandidaten wurde an dem besagten Tag dazu befragt.

Die Volksabstimmungen und Gerichtsentscheidungen zugunsten der ehelichen Gleichstellung waren in der Kampagne keine treibende Kraft, und es kann auf der Grundlage der Erfahrung von 2004 sowie Umfragen im Vorfeld der Wahlen davon ausgegangen werden, dass sie das Wahlergebnis nicht beeinflusst haben. Laut Umfragen spielten bei der Entscheidung für den einen oder anderen Kandidaten weder der Gerichtsentscheid vom 15. Mai in Kalifornien, noch die Unterstützung der Volksinitiative durch McCain und deren Ablehnung seitens Obamas eine Rolle.

Einige konservative Gruppen haben allerdings versucht, das Spaltungspotential des Themas zu nutzen und die Bevölkerung hinsichtlich der Bedeutung von Volksabstimmungen gegen die eheliche Gleichstellung Homosexueller irre zu leiten. Landesweit hatte die Frage der Verfassungszusätze gegen die Gleichstellung keinerlei Auswirkung auf die Umfrageergebnisse der Kandidaten.

Die Umfragen vor den Wahlen ergaben vielmehr, dass es den Wählern weitaus mehr um Fragen wie die Wirtschaftslage, den Krieg im Irak und Gesundheitsfürsorge ging, und dass sie beabsichtigten, entsprechend solcher Kriterien zu wählen und nicht auf der Grundlage gesellschaftlicher Fragen wie die der Homosexuellenehe. In einer Umfrage des Senders CNN vom 30.10. bis 1. November 2008 gaben 57% der Befragten an, dass die Wirtschaft ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung sei.¹¹

Volksentscheide über Verfassungszusätze

Auch wenn sich die politischen Experten einig darüber sind, dass die Verfassungszusätze zur Ehe an sich keinen Einfluss auf die Novemberwahl hatten, hat das Verbot der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren in Kalifornien langfristige Folgen für den Kampf um eheliche Gleichstellung. *Prop 8* in Kalifornien war dabei der Antrag, der auch bundesweit am stärksten im Rampenlicht stand und sehr kontrovers debattiert wurde, vor allem vor dem Hintergrund des jüngsten Gerichtsentscheids, durch den das Recht auf Eheschließung anerkannt worden war. Die Volksabstimmung war auch die teuerste zu einem gesellschaftlichen Thema in der Geschichte des Landes: Beide Seiten gaben über 70 Millionen US-Dollar aus. Kirchen und Glaubensgemeinschaften wie Katholiken, Evangelikale und Mormonen haben eine entscheidende Rolle bei der Verabschiedung von *Prop 8* gespielt. Unter ihnen trugen die Mormonen den größten Teil an finanzieller und personeller Unterstützung bei: Sie warben etwa die Hälfte der 40 Millionen US-Dollar zugunsten des Zusatzes ein und stellten 80 Prozent der Freiwilligen, die Wähler von Haus zu Haus besuchten.

Umfrageergebnisse im Anschluss an die Abstimmung zeigten, dass besonders ethnische Minderheiten, die mit überwältigender Mehrheit Barack Obama wählten, ebenfalls für ein Verbot waren: Nahezu sieben von zehn afroamerikanischen Wählern und 53% der Wähler lateinamerikanischer Abstammung unterstützten *Prop 8*.¹² Für viele von ihnen ist die gleichgeschlechtliche Ehe keine Frage der Bürgerrechte, sondern eine moralische Frage.

Mit der Verabschiedung von *Prop 8* bleibt auch unklar, welchen rechtlichen Status die 18.000 Trauscheine haben werden, die zwischen Mai und November 2008 ausgestellt wurden. Gegner von *Prop 8* fechten die Verfassungsmäßigkeit des Zusatzes an und argumentieren, dass der Gleichstellungsgrundsatz der kalifornischen Verfassung untersagt, dass eine Mehrheit der Wähler gleiche Rechte für alle Bürger per Abstimmung aufheben kann. Der Oberste Gerichtshof Kaliforniens muss nun entscheiden, ob *Prop 8* nur einen Verfassungszusatz darstellt, der durch Wählerentscheid Gesetzesstatus erlangt oder ob es sich um eine Korrektur der Verfassung handelt. In dem Falle müsste erst eine Zweidrittelmehrheit des Landesparlamentes der Verfassungsänderung zustimmen, bevor ein Volksentscheid stattfinden kann.

Kalifornien: Beginn eines neuen Trends?

Das Beispiel Kalifornien wird sicherlich in den kommenden Jahren Einfluss auf die Debatte um die eheliche Gleichstellung haben. Kalifornien gilt seit langem als eine treibende progressive Kraft, die in gesellschaftlichen Fragen wie ehelicher Gleichstellung im Land eine Vorreiterrolle hat. So war Kalifornien der erste Bundesstaat seit der Wiederaufbauphase im Anschluss an den Bürgerkrieg, der als Ergebnis des Rechtsstreites *Perez v. Sharp* ein Gesetz gegen „Mischehen“ abschaffte. Im Anschluss an diesen Gerichtsentcheid wurde das Verbot solcher Ehen in vielen Bundesstaaten übernommen. 1967 erklärte das Oberste Gericht der USA im Streitfall *Loving v. Virginia* Verbote von Ehen zwischen Partnern verschiedener ethnischer Abstammung als verfassungswidrig. Damit wurden entsprechende Gesetze im ganzen Land abgeschafft. Wegen der Geschichte Kaliforniens und der Aufmerksamkeit, die die Medien diesem Bundesstaat widmen, wird das Ergebnis von *Prop 8* sicherlich Folgen für den Verlauf der Debatte über die Homo-Ehe auch auf Bundesebene haben. Ein Erfolg für die eheliche Gleichstellung wäre ein wichtiger Präzedenzfall gewesen, der andere Bundesstaaten, wie den Staat New York, hätte ermutigen können. Dieser steht kurz davor, die eheliche Gleichstellung einzuführen. Die Verabschiedung von *Prop 8* hingegen ist ein Rück-

schritt für die eheliche Gleichstellung. Sie wird zweifelsohne den Gegnern der ehelichen Gleichstellung den Rücken stärken und ihnen neuen Zündstoff für ihre Argumente in anderen Bundesstaaten und auch landesweit geben.

Eine Bilanz der letzten zehn Jahre zeigt viele Erfolge für die LGBT-Gemeinschaft, auch wenn sie sich immer noch vor vielen Herausforderungen sieht. Dennoch ist klar ersichtlich, dass die Öffentlichkeit und die Gesetzgeber sich nach und nach in Richtung Gleichstellung bewegen. Auch wenn es entmutigende Versuche gab und weiterhin geben wird, das Recht auf Ehe zu beschränken, wie dies mit *Prop 8*, *Prop 10* und *Amendment 2* der Fall war, waren diese Initiativen weder im Wahlkampf 2008 ausschlaggebende Faktoren, noch sind sie für die Mehrheit der Bevölkerung, die die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare unterstützt, eine Priorität. Die Wahl von Barack Obama, einem Präsidenten, der die rechtliche Gleichstellung befürwortet, ist ein hoffnungsvolles Zeichen für den zukünftigen Diskurs um die eheliche Gleichstellung und die Dynamik einer zunehmenden Verbreitung der rechtlichen Anerkennung homosexueller Beziehungen überall in den USA.

Washington, DC – 21. November 2008

Die hier dargestellten Positionen der Autorinnen spiegeln nicht zwangsläufig die Position der FES wider.

¹ Lara Schwartz ist Rechtsdirektorin und Rebekah DeHaven Rechtsassistentin bei der *Human Rights Campaign*, der größten Bürgerrechtsorganisation, die sich für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen in den USA einsetzt.

² *Lawrence v. Texas*: Ein Gerichtsentcheid des US-amerikanischen Obersten Gerichts vom 26.6.2003 bestätigte das Recht auf Privatsphäre und kippte die Gesetze, die gleichgeschlechtlichen Sex untersagten, in 13 Bundesstaaten.

³ In *Goodridge v. The Department of Public Health*, einer Entscheidung des Obersten Gerichts von Massachusetts vom 18.11.2003, befand das Gericht, dass es gemäß der Verfassung von Massachusetts verfassungswidrig sei, lesbischen und schwulen Paaren das Recht auf Eheschließung zu verweigern. Die Entscheidung trat am 17.5.2004 in Kraft.

⁴ In *In re Marriage Cases*, einem Urteil des Obersten Gerichts von Kalifornien vom 15.5.2008, entschied das Gericht, dass es verfassungswidrig sei, lesbischen und schwulen Paaren das Recht auf Eheschließung zu verweigern.

⁵ Siehe "The Backlash Myth: Progress Toward Gay, Lesbian,

Bisexual, and Transgender Equality Since May 17, 2004,” von *The Human Rights Campaign*, veröffentlicht im Mai 2005 und abrufbar unter www.hrc.org.

⁶ U.S. CONST. art. V. Die Abstimmung über das FMA 2004 ergab 227 Für- und 186 Gegenstimmen im Abgeordnetenhaus sowie 48 Für- und 50 Gegenstimmen im Senat. Die Abstimmung 2006 ergab 236 Für- und 187 Gegenstimmen im Abgeordnetenhaus sowie 49 Für- und 48 Gegenstimmen im Senat.

⁷ CBS-Umfrage: Changing Views on Gay Marriage, <http://www.cbsnews.com/stories/2008/06/13/opinion/polls/main4180335.shtml>

⁸ *Defense of Marriage Act: Update to Prior Report*, General Accounting Office, Washington, D.C., 2004.

⁹ Das Gesetz “*Domestic Partner Benefits and Obligations Act*” wurde im Senat als S. 2521 von den Senatoren Lieberman (D-CT) und Smith (R-OR) eingeführt und im Abgeordnetenhaus als H.R. 4838 von den Abgeordneten Baldwin (D-WI), Waxman (D-CA), T. Davis (R-VA) und Shays (R-CT).

¹⁰ Congressional Scorecard: Measuring Support for Equality in the 109th Congress, *Human Rights Campaign*, Washington, D.C. 2006, siehe <http://www.hrc.org/documents/HRCscorecard2006.pdf>. Für weitere Informationen, siehe: Senator John McCain: A Record of Opposing the Interest of GLBT Americans, *Human Rights Campaign PAC*, Washington, D.C. 2008, abrufbar unter <http://www.hrc.org/equality08/264.htm>; und der 2008 Democratic Presidential Candidate Questionnaire, abrufbar unter http://a4.g.akamai.net/f/4/19675/0/newmill.download.akamai.com/19677/anon.newmediamill/pdfs/Questionnaire_ReportCard.pdf.

¹¹ CNN Umfrage: <http://www.pollingreport.com/prioriti.htm>

¹² Siehe Washington Post Artikel vom 7. November 2008, abrufbar unter <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/11/06/AR2008110603880.html>